

Referent: GR Mag. Helmut Hofer-Gruber

A n t r a g

für die öffentliche Gemeinderatssitzung am 23.6.2015

Tagesordnungspunkt Nr. 17)

Betrifft: Resolution TTIP/CETA/TiSA - kritische Gemeinde

Sachverhalt:

Bereits am 20. Mai 2014 wurde vom Gemeinderat der Stadtgemeinde Baden die Resolution: „Stopp dem Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP)“ einstimmig beschlossen. Zwischenzeitlich haben über 130 andere, österreichische Gemeinden ähnliche Beschlüsse im Zusammenhang mit dem TTIP-Abkommen gefasst.

Abgesehen davon, dass die EU-Kommission das **TTIP-Abkommen** in Brüssel nach wie vor im Geheimen verhandelt und von einer Transparenz bzw. Veröffentlichung der Verhandlungsergebnisse keine Rede sein kann, werden nach wie vor die umstrittenen Sonderklagerechte von Großkonzernen gegen Staaten (Schiedsgerichte) diskutiert und bestehen die Bedenken hinsichtlich Gefahr für die kleinstrukturierte österreichische Landwirtschaft, Zulassung von Fracking zur Erdgasgewinnung unter massiver Beeinträchtigung des Grundwassers und der Umwelt, transatlantisches Lohn & Sozialdumping, Untergrabung des Datenschutzes etc. **unverändert weiter.**

Seit der oben genannten Resolution der Stadtgemeinde Baden vom 20.5.2014 wurden weitere geheime Verhandlungen von der EU-Kommission getätigt, nämlich einerseits das **CETA-Abkommen** mit Kanada hinsichtlich gleicher Inhalte wie das TTIP-Abkommen mit USA (beide Abkommen beziehen sich auf eine Deregulierung des Warenhandels) sowie andererseits das **TiSA- Abkommen**, welches sich auf Dienstleistungen bezieht. Darunter fallen auch alle öffentlichen Dienstleistungen, die für den sozialen Zusammenhalt wichtig sind und zu denen alle Bürger freien Zugang haben müssen, wie zB: Gesundheit, Bildung, Energieversorgung, Wasser, Transporte, öffentlicher Verkehr, Post, Telekommunikation, Kultur und Freizeit, Abfallwirtschaft, Alterspflege, etc. Darüber hinaus sollen Konzerne aus Übersee in Zukunft bei öffentlichen Ausschreibungen mitbieten können.

In dem TTIP Abkommen ist erstmals ein „**regulatorischer Rat**“ vorgesehen, der von der US-Regierung bzw. der EU-Kommission künftig beschickt werden soll und der nach Abschluss der Verhandlungen **bestehende sowie zukünftige (nationale) Gesetze, Vorschriften und Standards** zum Schutz von Leben und Gesundheit, zum Umwelt- und Konsumentenschutz insbesondere auch für den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten darauf überprüfen soll, ob sie ein unnötiges Handelshemmnis zwischen den betreffenden Ländern darstellen und gegebenenfalls Maßnahmen zur Harmonisierung setzen können. Ausgewählte Konzerne sollen in die Arbeit des regulatorischen Rates mit eingebunden werden. Zusammen mit dem Mangel jeglicher Transparenz betreffend die Verhandlungsinhalte dieser Abkommen, der Tatsache von Geheimverhandlungen und Drohungen des zuständigen EU-Kommissars gegen kritische Staaten, diese beim EuGH zu verklagen, werden die Grundpfeiler der Demokratie durch die geplanten Abkommen massiv unterminiert. Auch die Gemeindeautonomie bei der Sicherstellung öffentlicher Dienstleistungen könnte in Zukunft nicht mehr gewährleistet werden und die Aufrechterhaltung unserer hohen Qualitätsstandards betreffend Landwirtschaft/Lebensmittelsicherheit, Umwelt- und Klimaschutz, Konsumentenschutz- und Gesundheitsstandards, Arbeitnehmer- und soziale Rechte, Datenschutzstandards sowie kultureller Leistungen würde gegen die Interessen einzelner Großkonzerne hintangestellt.

Es möge daher die nachstehende Resolution beschlossen werden:

Beschluss:

Die Stadtgemeinde Baden kritisiert die bisherige Vorgangsweise zu „TTIP/CETA/TiSA“ und fordert den Bundeskanzler, den Vizekanzler, die Abgeordneten des Nationalrates und die Österreichischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf, dass

- 1) kein Abschluss von Handels- und Investitionsabkommen stattfindet, welche die Gemeindeautonomie bei der Sicherstellung der öffentlichen Dienstleistungen untergraben oder ihre Rechte auf Regulierung einschränken;
- 2) kein Abschluss von Handels- und Investitionsabkommen stattfindet, die Instrumente eines überzogenen Investitionsschutzes für Großkonzerne enthalten; insbesondere Schiedsgerichtsvereinbarungen oder eine dadurch bedingte Selbstaushebelung des Gesetzgebers;
- 3) die TTIP & TiSA Verhandlungen ausgesetzt werden, solange die verhandlungsrelevanten Dokumente nicht offengelegt sind und es keine demokratischen Prozesse dazu gibt;
- 4) das (bereits im Geheimen fertig verhandelte) CETA-Abkommen abgelehnt wird;
- 5) die Verhandlungsunterlagen aller derzeit verhandelten Abkommen, insbesondere TTIP, CETA und TiSA für BürgerInnen und ParlamentarierInnen offengelegt werden;
- 6) eine begleitende öffentliche Auseinandersetzung mit den Verhandlungsinhalten während der gesamten Verhandlungsdauer im österreichischen und Europäischen Parlament unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen durchgeführt wird.

einstimmig
angenommen

abgelehnt

zurückgestellt

Referent:

